

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
 gemäß Landesprogramm zur Förderung der frühkindlichen Bildung
 und Kindertagesbetreuung
 hier: „Kiez-Kita - Bildungschancen eröffnen“



Landkreis Dahme-Spreewald
 Amt für Kinder, Jugend und Familie
 Kindertagesbetreuung
 Beethovenweg 14
 15907 Lübben (Spreewald)

Vermerke Amt

1. AntragstellerIn	
1.1 Träger der Kindertagesstätte	
Name/Bezeichnung	
Anschrift (Str., Hsnr., PLZ, Ort)	
AnsprechpartnerIn	
Telefon	
E-Mail	
1.2. Bankverbindung	
Kreditinstitut	
IBAN	
2. Maßnahme	
Bezeichnung	Maßnahme gemäß „Landesprogramm zur Förderung der frühkindlichen Bildung und Kindertagesbetreuung“ hier: „ Kiez-Kita – Bildungschancen eröffnen “
Durchführungszeitraum	.2023 bis 31.12.2023
Antrag für Zeitraum	<input type="checkbox"/> 01.01.2023 bis 31.12.2023

3. Gesamtkosten	
	2023
3.1 Personalkosten Kiez-Kita ¹	
3.2 Sachkosten Kiez-Kita ¹	
3.3 Summe	
3.4 beantragte Zuwendung	

4. Finanzierungsplan	
	2023
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3.3)	
4.2 Eigenanteil	
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	
4.4 beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch	
4.5 beantragte Zuwendung (Nr. 3.4)	

5. Begründung
<p>5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme (Konzeption, Ziel, Nutzen) - kurze Angaben; ausführliche Erläuterung im beigefügten Konzept -</p>
<p>5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a. Eigenmittel, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)</p>

6. finanzielle- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen (u. a. Angaben zu möglichen Folgekosten)

¹ Lt. beiliegender Aufstellung (gem. Formular „Anlage zu 3.1 des Kosten- und Finanzierungsplans“)

7. Anlagen

- Konzeption des Antragstellers (gemäß 5.1)
- Anlage zu 3.1 des Kosten- und Finanzierungsplans (vorgegebenes Formular)
 - liegt dem Antrag bei
 - wird spätestens mit der 1. Mittelanforderung nachgereicht

8. Erklärungen

Der/die AntragstellerIn erklärt, dass

- die Kindertagesstätte _____ im beantragten Durchführungszeitraum gemäß den Fördergrundsätzen „Kiez-Kitas - Bildungschancen eröffnen“ gefördert wird.
- er/sie bereit ist, mit den für das Monitoring und die Evaluierung der Förderung befassten Stellen zusammenzuarbeiten und sich an einem fachlichen Begleitprozess zu beteiligen.
- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

der vorzeitige Maßnahmebeginn zum _____ zwingend erforderlich ist

Begründung: _____

- die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- er/sie im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug
 - nicht berechtigt ist,
 - berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt wurde (Preise ohne Umsatzsteuer)
- die Angaben in den vorgelegten Unterlagen subventionserheblich sind und dass die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges gemäß § 264 StGB bekannt ist,
- der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Änderungen mitgeteilt werden, die Auswirkungen auf die Leistung haben können (z. B. zusätzliche Eigenmittel, Förderung Dritter, Investitionszulagen ...),
- unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift AntragstellerIn

Anlage zu 3.1 des Kosten- und Finanzierungsplans des Antrags auf Gewährung einer Zuwendung für die Maßnahme „Kiez-Kita - Bildungschancen eröffnen“



1. Teil A – Personal- und Sachkosten Kiez-Kita	
	2023
Vollzeiteinheit (VZE)	
Entgeltgruppe / Stufe	
Tarifvertrag	
Qualifikationen (gemäß 3.1 Rahmenkonzept des LDS)	
Brutto-Personalkosten, inkl. Arbeitgeber Anteile	
Sachkosten, inkl. Honorarkosten (gemäß 3.1 Rahmenkonzept des LDS)	
Gesamtkosten	

2. Beginn	
Programmstart (Datum)	
Auslastung der Einrichtung	
Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund	
Besonderheiten des Sozialraumes (z.B. soziale Brennpunkte)	

3. Erklärung
Der/die AntragstellerIn erklärt, dass nach Prüfung die dem Antrag zugrundeliegenden Personalkosten plausibel, notwendig und angemessen sind, das Besserstellungsverbot beachtet wurde und die Sachkosten ebenfalls angemessen und notwendig sind.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift AntragstellerIn